

## **Dr. Volker Külöw: Referat auf der 3. Tagung des 3. Stadtparteitages am 29. Juni 2013**

Liebe Genossinnen und Genossen, werte Gäste,

exakt 85 Tage vor der Bundestagswahl ist die politische Lage in der Bundesrepublik ziemlich unübersichtlich. Das liegt weniger an den üblichen demoskopischen Schwankungen, auch nicht an den schwer einschätzbaren Parteineulingen wie Piraten oder AfD. Es liegt an der instabilen, teilweise dramatischen wirtschaftlichen und politischen Situation in Europa. Die Eurokrise geht mittlerweile ins fünfte Jahr und überrollt ein Land nach dem anderen und nähert sich schrittweise auch dem ökonomisch mächtigsten Euroland - also der Bundesrepublik. Entgegen ihrer Absicht tut Angela Merkel als neoliberale Hardlinerin Europas derzeit auch alles, unter dem Slogan der „marktkonformen Demokratie“ die Krise weiter zu vertiefen: die ehemalige FDJ-Sekretärin hat offenkundig ihr seinerzeit erworbenes Wissen komplett verdrängt und diktiert dem Kontinent via Troika nunmehr ungehemmt die Kürzung von Löhnen, Renten und Sozialausgaben. Die Bundeskanzlerin ist damit für die anhaltende Rezession und den Rekordanstieg der Arbeitslosenzahlen in der Euro-Zone maßgeblich mitverantwortlich. Diese Politik im Dienst der Konzerne und Banken zerstört aber auf Dauer das gemeinsame Haus Europa. Das passiert aber nicht nur mit der Finanzpolitik. Wer am Jahrestag des faschistischen Überfalls auf die Sowjetunion nicht anderes zu tun hat wie Frau Merkel, als „Beutekunst“ zu thematisieren, hat nichts vergessen und nichts gelernt.

DIE LINKE tritt genau für das Gegenteil dieser verheerenden Politik ein. In der Präambel des Bundestagswahlprogramms, das vor zwei Wochen in Dresden verabschiedet wurde, heißt es in aller Klarheit: „Wir wollen die sozialen Rechte und Bürgerrechte stärken. Die Finanzmärkte wollen wir an die Kette legen und die Märkte und die Wirtschaft der Demokratie anpassen. Deshalb treten wir für ein soziales, demokratisches und solidarisches Europa ein, das dem Klammergriff der Finanzmärkte entzogen wird. Zwischen den Ländern mögen grenzen verlaufen; aber die Bevölkerungen und die Beschäftigten dieser Länder haben gemeinsame Interessen: den Kampf gegen Lohndrückerei, Rezession und Massenerwerbslosigkeit.“

Nach den besagten fünf Jahren Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise ist klar, dass wir eine weltweite Krise einer Gesellschaft haben, die vorrangig auf Profit und Markt ausgerichtet ist. Im Erfurter Programm unserer Partei von 2011 heißt es zu recht: „Der Finanzmarktkapitalismus hat die Elemente einer vierfachen Krise angehäuft. Sie betreffen die

Fragen von Macht und Eigentum, das Verhältnis von Natur und Gesellschaft, die Produktions- und Lebensweise und Fragen der Sicherheit und Entwicklung.“

Über den Wahlerfolg einer linken Partei entscheidet aber bekanntlich nicht die theoretische Klarheit im Partei- bzw. im Wahlprogramm. Entscheidend dafür ist ihr praktischer Wahlkampf, mehr noch aber ihre zwischen den Wahlkämpfen erworbene politische Glaubwürdigkeit. Eine Partei, die den anspruchsvollen Namen „DIE LINKE“ trägt, darf eben nicht nur überwiegend richtige Forderungen stellen, wie sie dies im Wahlprogramm ausgiebig tut. Sie muss ihr eigenständiges Profil, ihre Alleinstellungsmerkmale als konsequente Interessenvertreterin der abhängig Beschäftigten, der Arbeitslosen, der gewerblichen und lohnabhängigen Mittelschichten gegenüber den anderen Parteien schärfen sowie über die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse beständig die Wahrheit verbreiten. Im Erfurter Grundsatzprogramm ist noch stärker als im Bundestagswahlprogramm die unverwechselbare Eigenständigkeit der LINKEN als eine gegen die neoliberale Politik konsequent kämpfende Partei zu erkennen: „Wir sind und werden nicht wie jene Parteien, die sich devot den Wünschen der Wirtschaftsmächtigen unterwerfen und kaum noch zu unterscheiden sind.“ Die Formulierung von Oskar Lafontaine aus jüngster Zeit, es handle sich in der Bundesrepublik bei den anderen Parteien um ein „Einparteiensystem mit vier Flügeln“ (siehe junge Welt vom 21. März 2013), trifft m.E. daher durchaus des Pudels Kern und man wünschte sich ihre Wiederholung auch von anderen führenden Köpfen der LINKEN.

Heute geht es natürlich auf unserem Stadtparteitag weniger um das mit großer Einmütigkeit verabschiedete Bundestagswahlprogramm, sondern mehr darum, wie wir die zentralen Botschaften und Losungen in den nächsten 12 Wochen in Leipzig an die Bevölkerung herantragen, um einen angemessenen Beitrag zum Wahlerfolg am 22. September zu leisten. Nicht nur auf der Landesvertreterversammlung am 27. April in Schkeuditz, sondern auch bei anderen Gelegenheiten in den letzten Wochen, haben der Landesvorstand sowie der Landes- und Fraktionsvorsitzende der sächsischen LINKEN Rico Gebhardt die Messlatte für die Bundestagswahlen bekanntlich sehr hoch gehängt. Als unser Wahlkampfziel in Sachsen wurde offiziell und öffentlich die Wiederholung der absoluten Stimmenzahl von 2009, also 550.000 Stimmen in Sachsen anvisiert. Angesichts der derzeitigen Umfrageergebnisse sowohl im Bund als im Freistaat ist das natürlich sehr ehrgeizig, zumal wir im Freistaat besonders schwierige Rahmenbedingungen haben, denn Sachsen ist das Musterland für neoliberale Experimente geworden. Nirgends in der Bundesrepublik ist die Bereitschaft der herrschenden Politik größer, den öffentlichen Bereich einzuschränken, schützende Regulierungen abzubauen und mit dem exekutiven Handeln bis an die Grenzen des Erlaubten zu gehen bzw.

sie oft und bereitwillig zu überschreiten. Das Dresdner Handygate steht für eine bundesweite einmalige illegale Massenabhörung von antifaschistischen Demonstrationsteilnehmern; Sachsen kann schon fast mit der NSA mithalten, leider fehlt uns aber im Freistaat ein couragierter Whistleblower wie der frühere US-Geheimdienstmitarbeiter Edward Snowden. Zumindest gibt es aber engagierte Antifaschisten wie den Jenaer Jugendpfarrer Lothar König, der sich im derzeitigen Prozess in Dresden tapfer und mit landesweiter solidarischer Unterstützung gegen die abstrusen Vorwürfe der sächsischen Justiz wehrt, die sich wiederum dem Verdacht ausgesetzt sieht, Verfahrensakten bewusst zu fälschen, um einen Feind zu kreieren, den es nie gegeben hat. Und als wäre das alles nicht genug Skandal: in der NSU-Aufbauorganisation namens Landesamt für Verfassungsschutz musste unlängst auch der langjährige stellvertretende Behördenchef Vahrenhold gehen, nachdem schon sein Chef Boos wegen Aktenvertuschung gefeuert worden war. Dieses Beispiel zeigt wie der gesamte NSU-Skandal: die eigentliche Gefahr für die Demokratie und den Rechtsstaat in Sachsen sind solche unkontrollierbaren geheimdienstlichen Strukturen, in denen im Zweifelsfall immer noch die alte antikommunistische Staatsräson gilt: der Feind steht links. Für DIE LINKE geht es daher in den NSU-Untersuchungsausschüssen in Thüringen und Sachsen sowie auf Bundesebene um mehr als nur um Aufklärung, die ohnehin schwer genug ist: es geht um die Verantwortung darum, dass Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und – in Leipzig läuft gerade die Jüdische Woche – auch Antisemitismus aktiver als bisher bekämpft werden. Gegen braunen Ungeist Gesicht zu zeigen, muss Staatsräson werden. Das sind wir den Opfern des NSU, das sind wir allen Opfern rechter Gewalt schuldig.

Unter den Rahmenbedingungen der sogenannten „sächsischen Demokratie“ – wie diese Zustände Wolfgang Thierse ironisch nannte - ist es alles andere als leicht, am 22. September erfolgreich zu sein, zumal wir den Schwung der Partieneubildung von 2007, der uns bei der Bundestagswahl 2009 geradezu sagenhafte 11,9 Prozent bescherte, nicht mehr haben. Derzeit liegen wir bekanntlich in den bundesweiten Umfragen bei 7 bis 8 Prozent; Gregor Gysi hat ein zweistelliges Wahlergebnis in seiner Dresdner Rede allerdings für möglich und erstrebenswert gehalten. Und dazu müssen Sachsen und Leipzig ihren Anteil natürlich leisten. Runtergebrochen auf die einzelnen Stadt- und Kreisverbände heißt dieses ehrgeizige Landesziel, dass die Leipziger LINKE ca. 70.000 Wählerinnen und Wähler überzeugen müssen, bei uns ihr Kreuz zu machen.

Dazu müssen wir in den nächsten Wochen im öffentlichen Raum offensiv unsere Stärken ausspielen, vor allem die vielen inhaltlichen Alleinstellungsmerkmale unserer Partei an die Bürgerinnen und Bürger herantragen. Wir sind die einzige Partei, die:

- Armut und Kinderarmut konsequent bekämpft!
- Die parteiisch an der Seite der Beschäftigten und Erwerbslosen steht, wenn es um gute Arbeit, gute Löhne und gute Renten geht!
- Die mit Biss von oben nach unten umverteilen will!
- Die als einzige Partei die Interessen der Menschen im Osten vertritt!
- Die eine konkrete Vision für den sozialen ökologischen Umbau erarbeitet hat!
- Die ihre Stimme unbestechlich erhebt gegen Krieg, Auslandseinsätze der Bundeswehr und gegen Waffenexporte! Wer glaubt, dass Waffenexporte kontrolliert werden können, ist naiv. Jede Waffe findet ihren Krieg. Also keine Geschäfte mit dem Tod! Ich erinnere an dieser Stelle nur daran, dass die Wurzeln für den Euro Hawk im Jahr 2000 von Verteidigungsminister Scharping - also unter rot-grün - geschaffen wurden. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf verweisen, dass rot-grün auch in den letzten Jahren oftmals kriegeslüsterner waren als schwarz-gelb, die zumindest in Libyen die Bundesrepublik von der Front fernhielten, weil sich in der Etappe auf länger Sicht mehr herausholen lässt.

Und da unterscheiden wir uns eben fundamental von der SPD, deren Wahlkampf trotz eines vermeintlichen "Linksrucks" nicht funktioniert. Und warum nicht? Zunächst mal haben sie sich einen Kandidaten gesucht, dem die Leute alles zutrauen, aber keinen Linksruck - Peer Steinbrück bzw. Weinbrück, wie er auch schon verspottet wurde. Was soll man zu seiner Kampagne auch sagen? Immer wenn du denkst, es geht nicht schlimmer, der Peer, der schafft es immer, hat Bernd Riexinger in Dresden mehr oder weniger gekonnt gekalauert. Aber recht hat er natürlich: Bei Steinbrück glauben die Leute doch eher, dass er für Millionäre den Kasper macht, als dass er den Reichen mal beherzt in die Tasche greift. Und dazu seine Mischung aus Misslaugigkeit, Nörgelei und Selbstmitleid; „einen derart jammervollen Wahlkampf“ kritisiert der SPIEGEL diese Woche, „hat es in der Bundesrepublik zuvor nie gegeben.“ Da nutzen auch die Scheingefechte gegen Angela Merkel am Donnerstag im Bundestag nichts.

Aber der Kandidat, stolz auf die Agenda 2010, ist nicht das einzige Problem der SPD. Der ganzen Partei fehlt die Glaubwürdigkeit. Wie kann man als Sozialdemokratie stolz darauf sein, Millionen Menschen in die Armut geschickt zu haben? Wie kann man stolz darauf sein, dass sich Millionen Menschen vor den Jobcentern buchstäblich nackt ausziehen müssen und wie kann man stolz darauf sein, dass Millionen von ihrer Arbeit nicht leben können? Darauf kann man nicht stolz sein, dafür muss man sich schämen. Nein, wer so mit seiner Vergangenheit umgeht und sich für 150 Jahre SPD-Geschichte unlängst noch völlig unkritisch

in Leipzig abfeiert, kann nicht ernst genommen werden mit der Ansage, jetzt sei er wieder sozial. Er bleibt verdächtig, vor der Wahl links zu blinken um nach der Wahl rechts abzubiegen. Kein Mensch glaubt doch, dass sie die sozialen Teile ihres Programms mit irgendeiner Partei außer der Linken umsetzen kann. Wer glaubt denn, dass die SPD mit der CDU die Reichensteuern erhöht, mit den Grünen die Rente ab 67 stoppt oder mit der FDP einen Mindestlohn einführt. Das ist das Problem. Dabei wäre schon es höchste Zeit für einen Lagerwahlkampf. Und Angela Merkel macht es doch eigentlich einfach dafür. Sie hat klar und deutlich gesagt: keine Steuererhöhungen für Reiche, das wird es mit ihr nicht geben. Sie hat sich entschieden. Klipp und klar. Ihr Lager sind die oberen zehn Prozent der Bevölkerung. Alle, die mehr als eine Million auf dem Konto haben, alle, die mehr als 10.000 Euro im Monat bekommen, alle die ein Unternehmen oder ein riesiges Aktienpaket geerbt haben, alle die an den Börsen mit ihren Wetten spekulieren, das ist Merkels Lager. Gerade trotz ihrer unseriösen Wahlversprechen ist die Bundeskanzlerin die Schutzpatronin des großen Geldes. Bernd Riexinger hat in Dresden gesagt, was wirklicher Lagerwahlkampf hieße: Löhne rauf, und zwar saftig! Lagerwahlkampf heißt: Renten rauf, und zwar saftig! Lagerwahlkampf heißt: Millionäre besteuern, und zwar saftig! Lagerwahlkampf heißt: Schluss mit der Kürzung von Löhnen, Renten und Sozialleistungen, hier in Deutschland und in ganz Europa. Dazu sagen wir ja, klipp und klar, nicht Jein wie die SPD, nicht ja aber, wie die Grünen, sondern JA! Die LINKE gehört zum Lager der sozialen Gerechtigkeit und sonst keinem! Und das Lager muss gestärkt werden, denn die Jahre unter schwarz-gelb seit 2009 waren vier verlorene Jahre für die soziale Gerechtigkeit in der Bundesrepublik. Was 2003 – also vor genau 10 Jahren - mit der Agenda 2010 von rot-grün begann, wurde unter Merkel konsequent fortgesetzt. Ein gravierendes Beispiel mag an dieser Stelle genügen: statt die steigende Alterarmut zu bekämpfen, hat die Regierung mit der Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters das Armutsrisiko für Millionen Menschen noch erhöht. Man steckt eben lieber in Kriegsgerät wie beispielsweise in Drohnen das Geld als in die soziale Absicherung von Menschen. Apropos Drohnen: hier steht im Hause Merkel möglicherweise der nächste politische Todesfall vor der Tür. Was Verteidigungsminister Thomas de Maizère hier in den letzten Wochen an Lug und Trug verzapft hat, würde bei anderen längst zum Rücktritt reichen. Man darf gespannt sein, was der Untersuchungsausschuss in den nächsten Wochen hier zu Tage fördert. Wenn ihr getreuer Knappe stürzen würde, stünde die Kanzlerin allerdings ziemlich einsam da. Über das weitere politische Schicksal von Frau Merkel müssen wir uns allerdings keine Sorgen machen, zumal mit dem gerade verabschiedeten CDU-Wahlprogramm für alle Menschen ersichtlich Wahlbetrug mit Ansage betrieben wird. Damit möchte ich zur Situation

im Stadtverband überleiten und einen Blick auf die vor uns stehenden Aufgaben werfen. Zunächst aber natürlich ein kurzer Rückblick, denn die letzten Monate waren mit viel Arbeit, aber auch mit diversen Konflikten angefüllt. Zunächst zum zentralen Ereignis des ersten Halbjahres, der Leipziger Oberbürgermeisterwahl, die bekanntlich in zwei Wahlgängen am 27. Januar und am 17. Februar 2013 stattfand. Die Ergebnisse sind bekannt, eine Einschätzung aus der Feder von Dietmar Pellmann und meiner Wenigkeit wurde wenige Tage nach dem zweiten Wahlgang in Form eines „Durchblicks“ vorgelegt. Auch wenn wir inzwischen am 2. März eine Gesamtmitgliederversammlung zur Nominierung unserer Bundestagskandidaten hatten, möchte ich auch die erste reguläre Tagung des Stadtparteitages nach dem OBM-Wahlkampf nutzen, mich bei allen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern ganz herzlich zu bedanken. Mein besonderer Dank gilt ausdrücklich an dieser Stelle nochmals explizit unserer Genossin Barbara Höll, die sich im gesamten, oftmals unter widrigen äußeren Bedingungen stattfindenden Wahlkampf als Kandidatin in diesem Knochenjob nicht geschont hat und aus meiner Sicht ein respektables Ergebnis erzielt hat. Ich weiß, dass nicht jeder diese Einschätzung geteilt hat; mehrere kritische Diskussionsbeiträge im Mitteilungsblatt zeugten davon. Ich halte diese Kontroversen auch für völlig normal und richtig, wenn wir sie produktiv zu nutzen wissen. Mit der Basiskonferenz am 25. Mai gelang uns das beispielsweise recht gut. Mit der Umsetzung einiger Anregungen aus dieser Veranstaltung wurde bereits begonnen, wenn ich an das Mitteilungsblatt denke, dass nunmehr in einer gedruckten und einer erweiterten Onlineausgabe vorliegt. Über weitere Neuerungen berät der Stadtvorstand in seiner nächsten Sitzung. Auch unser Kinderfest auf dem Augustusplatz am letzten Samstag wurde schon durch Ideen aus der Basiskonferenz mitgeprägt. Leider gelingt es uns noch lange nicht, alle inhaltlichen Konflikte im Stadtverband in einer solchen Form der politischen Kultur auszutragen, dass sie konstruktiv und produktiv diskutiert und mitunter sogar gelöst werden können. Ich erinnere an die zum Teil sehr heftige Auseinandersetzung auf und nach dem Stadtparteitag im November 2012 um die gendergerechte Sprache und die damit verbundene Frage der Geschlechtergerechtigkeit im Stadtverband. Der Stadtvorstand hatte hinterher sehr zeitnah zum Dialog in die Stadtvorstandssitzung eingeladen und sich mit den Vertreterinnen der AG Lisa getroffen. Eine Debatte im Liebknecht-Haus unter dem Motto „Wir sprechen alle Menschen an“ wurde dann am 23. März 2013 durchgeführt; und nicht zuletzt versuchte die Ombudsfrau der sächsischen Linken, an der Entschärfung des Konfliktes mitzuwirken. Wir sind nach meinem Eindruck ein kleines Stück weitergekommen, aber noch längst nicht so weit, wie wir müssten. Ich will es an dieser Stelle nochmals ausdrücklich betonen: die Leipziger LINKE bekennt sich voll und

ganz zu den gleichstellungspolitischen Grundsätzen unserer Partei, zu den programmatischen Positionen hinsichtlich der Geschlechtergerechtigkeit von Frau und Mann sowie zur geschlechtergerechten Ansprache und Kommunikation. Bereits erreichte Standards dürfen in diesem Bereich allerdings nicht nur bewahrt, sondern müssen weiter ausgebaut werden. Zu den Konflikten, die in der letzten Zeit ebenfalls eine größere Rolle spielten, zählt unser Verhältnis zu den Gewerkschaften bzw. - um es vielleicht etwas runterzuhängen - wie sich die Leipziger LINKE auf DGB-Kundgebungen präsentiert. Das auslösende Ereignis der Debatte am diesjährigen 1. Mai mit dem Transparent der linksjugend muss ich sicher nicht noch mal rekapitulieren, er ist hinlänglich bekannt. Die zum Teil heftige Diskussion in der Folgezeit - vor allem auch um die Entfernung des Transparentes - macht deutlich, dass es augenscheinlich große politische und kulturelle Unterschiede im Stadtverband gibt, die nicht nur mit dem Verweis auf die unterschiedlichen Generationen erklärt werden können. Ich möchte an dieser Stelle meine Meinung sagen: ich bin der letzte, der sich gegen originelle, kreative und witzige Aktionen wendet; die entsprechenden kommunikativen Rahmenbedingungen müssen aber m.E. stimmen, sonst verkehrt sich eine gute Absicht schnell in ihr Gegenteil. Und das war am 1. Mai m.E. der Fall. Auch wenn ich wegen einer Auslandsreise mit dem Wissenschaftsausschuss des Landtages nicht persönlich vor Ort sein konnte, erlaube ich mir diese Einschätzung. Ich habe diverse Gespräche im Nachgang geführt und war in den letzten Wochen bei zahlreichen gewerkschaftlichen Protest- und Streikaktionen vor Ort: ich glaube schon ganz gut einschätzen zu können, was die Kolleginnen und Kollegen derzeit in den Leipziger Unternehmen umtreibt und da sind nicht nur Siemens und Amazon gemeint. So wichtig natürlich mittelfristig die Auseinandersetzung um die durchaus notwendige Arbeitszeitverkürzung - also um „Freizeit und Kuchen“ statt „Arbeit und Brot“- ist: derzeit steht nicht zuletzt wegen der bevorstehenden Bundestagswahl aber unstrittig die Verteilungsfrage im Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Kämpfe. Es wird gekämpft für faire und damit höhere Löhne, für gleiche Bezahlung von Mann und Frau und für die Durchsetzung des Tarifrechts; es wird gekämpft gegen Betriebsschließungen und gegen die Zunahme der Leiharbeit sowie von Mini- und Midijobs und last but not least geht es um die endliche Durchsetzung des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns. Es lohnt sich für jeden von uns, einen Blick in die politischen Anforderungen des DGB an die Parteien zur Bundestagswahl 2013 zu werfen, die der DGB-Bundesvorstand am 9. April unter dem Titel „Gute Arbeit – Sichere Rente – Soziales Europa – Aktiver Staat: Politikwechsel für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ veröffentlicht hat. Genau deshalb greift unsere Partei diesen prinzipiellen Zusammenhang im Wahlprogramm auch auf: wir wissen, dass eine gute

Rente am Arbeitsmarkt beginnt. Gemeinsam mit dem DGB fordern wir aber gute Arbeit und gute Löhne zugleich auch als notwendige Voraussetzung für ein gutes Leben schon vor der Rente. Ein höheres Lohnniveau, durchgesetzt z.B. mit der Abschaffung von Lohndumpingstrategien, ist notwendig. Daran sollten wir in den nächsten Wochen immer denken, genauso natürlich an die Rentenangleichung zwischen Ost und West, wie es die Bundestagsfraktion heute mit ihrer Anzeige in der LVZ auf Seite 20 völlig zu Recht fordert. Es ist doch ein Unding, dass heutige Berufseinsteiger in Ludwigslust und Lüneburg - beide Städte trennen nur wenige Kilometer - fast 25 Jahre nach der Wende noch unterschiedliche Rentenwerte erhalten.

Diese und andere für alle Wählerinnen und Wähler leicht erklärbaren und daher auch mobilisierenden Zusammenhänge sind auch aus einem anderen existenziellen Grunde für uns wichtig: es droht die reale Gefahr, dass die Wahlbeteiligung am 22. September weiter zurück geht, weil sich vor allem einkommensschwache und bildungsferne Teile der Bevölkerung immer weiter aus der Demokratie resigniert und demotiviert zurückziehen. DIE LINKE steht damit bundesweit vor der strategischen Herausforderung, wie sie die Wählerschicht der Ausgegrenzten, Dauerarbeitslosen und prekär Beschäftigten gezielter anspricht als bisher. Wir brauchen verstärkt Wählerinnen und Wähler aus den unteren sozialen Schichten. Niemand hat dafür ein Patentrezept, aber die entsprechenden Überlegungen von Horst Kahrs, vor einiger Zeit in der sozialistischen Tageszeitung „neues deutschland“ publiziert, sollten wir genauer zur Kenntnis nehmen, darunter seine Typisierung der Wahlabstinz in mindestens sieben Kategorien. Der linke Soziologe stellt klar fest: das Wachstum der Wahlabstinz trägt Klassencharakter. Es beginnt mit dem Verzicht auf Vollbeschäftigungspolitik und damit auf soziale Integration und diese wiederum verfestigt sich zu sozialstaatlich sanktionierter Exklusion.

Zu den strategischen Problemen und Schwächen der LINKEN, die wir auch in Leipzig spüren, zählt in diesem Kontext auch die seit langem beklagte Wahlabstinz der jüngeren Generation und unsere dort fehlende strukturelle und personelle Verankerung. Auch hier sind neue Ideen und Anregungen gefragt, zumal bislang zu viele soziodemografische Wandlungen und neue Milieubildungen noch an uns vorbei gehen, wenngleich bestimmte Bemühungen zur Annäherung an diese Entwicklungen nicht zu übersehen sind. Auch in unserer Stadt hat z.B. die Woge der Verdrängung - also der Prozess, den die Stadtsoziologen Gentrifizierung nennen - neue Stadteile wie den Leipziger Westen längst erreicht, nachdem Connewitz und Schleussig bevölkerungsmässig inzwischen quasi „übergelaufen“ sind. Seit etwas 2010 entwickeln sich Lindenau, Plagwitz, Neulindenau, Altlindenau und Leutzsch zu einem rasch



prosperierenden „angesagten“ Stadtteil mit erheblichen Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur. Ich begrüße daher sowohl als Stadtvorsitzender als auch als „betroffener“ Wahlkreisabgeordneter ausdrücklich die Anregungen von Juliane Nagel im aktuellen Mitteilungsblatt, sich politisch und methodisch mit diesem Phänomen noch mehr als bisher im Stadtverband auseinanderzusetzen. Ich habe es am letzten Samstag im Rahmen des Westbesuchs selbst zum wiederholten Male getan und kann Euch sagen, dass es sehr spannend ist, sich innerhalb weniger Stunden u.a. für die verbesserten Nutzungsbedingungen der BSG Chemie Leipzig im Alfred-Kunze-Sportpark, den Standort der Wagenburg in der Karl-Heine-Strasse und den Erhalt des Felsenkellers als Kulturstätte zu interessieren und dann auch politisch einzusetzen.

Das Engagement der Leipziger LINKEN muss natürlich im Bundestagswahlkampf nicht nur im Westen sondern im gesamten Stadtgebiet erkennbar sein, auch wenn wir diesmal wohl mit einem lachenden und einem weinenden Auge in den Wahlkampf ziehen. Es ist für uns alle gewiss eine hohe Ehre und große Verantwortung, dass Leipzig am 28. August auf dem Markt den zentralen bundesweiten Wahlkampfauftakt der LINKEN ausrichten darf. Wir erwarten eine Promidichte, wie wir sie wohl seit 1990 noch nicht in unserer Stadt hatten. Neben Gregor Gysi hat sich vom Achterteam auch Sahra Wagenknecht angesagt; vom Land erwarten wir die beiden sächsischen Spitzenkandidaten Katja Kipping und André Hahn, die vom Landes- und Fraktionsvorsitzenden der sächsischen LINKEN Rico Gebhardt begleitet werden; und nicht zuletzt sind natürlich auch unsere beiden Lokalmatadoren Barbara Höll und Mike Nagler präsent. Und damit komme ich zum Wermutstropfen für unseren Bundestagswahlkampf. Leider ist es uns auf der Vertreterversammlung am 27. April in Schkeuditz diesmal nicht gelungen, für Bärbel wieder einen Listenplatz unter den ersten acht zu erkämpfen. Das hat mehrere Ursachen, zu denen ich kurz was sagen will, ohne in die bei uns leider oftmals übliche Vorwurfskultur zu verfallen oder gar persönliche Schmähungen auszusprechen, was ja mitunter auch geschieht. Der Leipziger Stadtverband war am 27. April nach meiner Einschätzung nicht ge- und entschlossen genug im Auftreten, um gegen starke innerparteiliche Konkurrenz genügend Unterstützung für Bärbels Kandidatur zu entwickeln; da räume ich auch eigene Fehler ein, vor allem bei der Organisation von Fürreden haben wir nach dem Wechsel des Nominierungsverfahrens nicht schnell und professionell genug reagiert; offenkundig wirkten sich auch Grabenkämpfe und Auseinandersetzungen der jüngsten Vergangenheit an diesem Tag nachteilig aus. Der neunte Platz für Bärbel stellt uns nicht zufrieden, er ist eine herbe Enttäuschung, da gibt es nichts schönzureden. Er ist aber kein Grund, den Kopf im Wahlkampf jetzt in den Sand zu stecken, ganz im Gegenteil: ich hab

schon etwas zu unseren quantitativen Zielen in diesem Wahlkampf - abgeleitet von den Landeszielen - gesagt. Und hier verbirgt sich auch ein kleiner Lichtblick. Das neue Bundestagswahlrecht entkoppelt erheblich das Bundes- vom Landesergebnis und erhöht unsere Chancen in Sachsen - vorausgesetzt wir erreichen die absoluten Zahlen von 2009 und die kleineren Parteien wie die Piraten kommen nicht rein in den Bundestag. Dann würden wir nämlich mit neun statt mit acht sächsischen Abgeordneten einziehen. Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns deshalb diesmal die Latte etwas höher hängen und diesen Kampf erfolgreich aufnehmen, der ja noch einen weiteren, nicht ganz unwichtigen Teilaspekt hat. Natürlich steht das Zweistimmenergebnis im Mittelpunkt unseres Wahlkampfes. Aber niemand verbietet uns, mit Bärbel und Mike - die beide in der Stadtgesellschaft sehr bekannt sind - auch jeweils um den Gewinn des Direktmandats zu kämpfen. Die Leipziger LINKE war und ist immer für eine positive Überraschung gut. Warum nicht auch am 22. September 2013? Unser Stadtverband hat sich z.B. in der Woche nach dem Bundesparteitag dank des Engagements nahezu aller Stadtbezirksverbände an der Aktionswoche "100% sozial - 100% vor Ort" beteiligt. Mit insgesamt neun Infoständen und dem schon erwähnten Kinderfest am letzten Samstag waren wir bundesweit der Stadtverband, der mit großem Abstand die meisten Aktionen zu verzeichnen hatte. Lasst uns in den nächsten Wochen an dieses Niveau anknüpfen, dann ist vielleicht - ich wiederhole das gern noch mal - auch was bei den beiden Direktmandaten drin.

Da wir uns voraussichtlich erst am 19. Oktober zur nächsten Tagung des Stadtparteitages wieder in dieser Zusammensetzung sehen, gestattet mir an dieser Stelle auch schon einen kurzen Blick über den 22. September hinaus. Weitere Wahlen werfen bereits ihren Schatten voraus und bedürfen unserer frühzeitigen Aufmerksamkeit. Schon vor Monaten haben Stadtvorstand und Stadtratsfraktion daher begonnen, erste Weichen für die Kommunalwahlen, die bekanntlich am 25. Mai 2014 stattfinden, zu stellen. Auf einer gemeinsamen Klausur Mitte April wurden zunächst vier Schwerpunkte für die strategische Ausrichtung der Fraktionsarbeit bis zu den Wahlen beschlossen; sie wurden in der Maiausgabe des Mitteilungsblattes veröffentlicht. Darüber hinaus wurden im Stadtvorstand im Mai die personellen Weichen für die Erarbeitung des Kommunalwahlprogramms gestellt. Wir haben eine sechsköpfige Redaktionsgruppe berufen, die unter der Leitung von Dietmar Pellmann steht und der Skadi Jennicke, Christina Mertha, Franziska Riekewald sowie Bernhard Krabiell und Steffen Wehmann angehören. Die Redaktionsgruppe hat sich Ende Mai zu ihrer ersten Sitzung getroffen und einen Zeitplan, ihre Arbeitsteilung, sowie das konzeptionelle und

methodische Herangehen entworfen. Skadi wird in der Diskussion zur bisherigen Arbeit der Redaktionsgruppe sprechen.

Zur frühzeitigen strategischen Vorbereitung auf die Kommunalwahlen 2014 gehört bekanntlich auch unser Projekt 10 mal 10. Diesbezüglich sind heute - und darüber bin ich sehr froh und dankbar zugleich - Erfolge zu vermelden. Mit dem gestrigen Datum haben insgesamt 95 Kandidierende ihre Bereitschaft erklärt, bei den Stadtratswahlen anzutreten. Der Frauenanteil liegt mit 39 Kandidatinnen bei rund 41 Prozent; das Durchschnittsalter beträgt 44,85 Jahre, wobei die jüngste Kandidatin 19 Jahre und der älteste Kandidat 74 Jahre zählt. Ich möchte mich zunächst an dieser Stelle bei allen 95 Mitstreiterinnen und Mitstreitern für ihre Bereitschaft zur Kandidatur bedanken. Ich bin zuversichtlich, dass wir die 100 in den nächsten Wochen voll kriegen. Ich hoffe, dass Alt-West mit seinen insgesamt 13 Kandidaturen bei den anderen Stadtbezirksverbänden noch entsprechende Energien freisetzt. Wie geht es nun weiter? In den nächsten 14 Tagen bekommt jeder und jede der 95 einen persönlichen Brief von mir – dank der neuen Software, die wesentlich mehr als Exel kann und von Genossin Pia Witte souverän beherrscht wird. Im Herbst werden dann den Kandidatinnen und Kandidaten kommunalpolitische Weiterbildungsangebote unterbreitet und im Frühjahr 2014 erfolgt dann eine direkte und hoffentlich stabsmäßig geführte Einbeziehung in Vorbereitung und Durchführung des Kommunalwahlkampfes. Vorher noch sind allerdings noch unsere sieben Landtagsdirektkandidatinnen und -kandidaten zu nominieren sowie die Delegierten für die BundesvertreterInnenversammlung zur Aufstellung der EU-Kandidatenliste Mitte Februar 2014 in Hamburg. Und ich könnte die Auflistung noch ein wenig fortsetzen. Aber das würde jetzt am Schluss des Referates vielleicht zu leichten Schreckreaktionen führen. Aber genau das Gegenteil wollen wir heute erreichen, wir wollen uns motivieren. Holen wir uns in den folgenden Stunden den notwendigen Rückenwind für den Bundestagswahlkampf. Gehen wir in die nächsten Wochen mit Teamfähigkeit sowie mit gemeinsamen Denken und Handeln in den Kampf für eine möglichst starke LINKE am 22. September.

**Wir bringen Bewegung rein. Gerecht für alle. 100 Prozent sozial.**